

Unstatistik des Monats: Armut ist nicht Ungleichheit

Die Unstatistik des Monats Oktober heißt 15,8% und kommt vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden: „15,8 % der Bevölkerung waren 2010 armutsgefährdet“ meldeten die Amtsstatistiker am 17. Oktober 2012.

Die Zahl ist korrekt, nicht aber deren Interpretation. Als "armutsgefährdet" gilt, wer jährlich netto weniger als 11.426 Euro zur Verfügung hat. Der Hauptkritikpunkt ist die Berechnung dieser Armutsgrenze. Dazu nimmt man europaweit 60 % des Durchschnittseinkommens. Wenn sich also alle Einkommen verdoppeln, verdoppelt sich auch die Armutsgrenze, und der Anteil der Armen ist der gleiche wie vorher.

Ferner ist in armen Ländern die Armutsgrenze kleiner als in reichen. Zieht also ein Gastarbeiter aus Portugal, der hier im Jahr nur 11.000 Euro zur Verfügung hat, in seine Heimat zurück, nimmt die kollektive Armut in Deutschland und Portugal gleichermaßen ab. Denn in Deutschland ist man mit 11.000 Euro jährlich arm, in Portugal dagegen nicht. Selbst wenn besagter Portugiese zuhause nur 7.000 Euro jährlich hätte, wäre er dort statistisch-offiziell nicht arm.

Jeder am Durchschnittseinkommen festgezurrte Armutsbegriff misst daher nicht die Armut (wie beispielsweise die Definition der Weltbank, die alle Menschen als arm einstuft, die von weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag leben müssen), sondern die Ungleichheit. Deshalb ließe sich auch die in den deutschen Medien aufgrund der obigen Statistik oftmals beklagte Armut sehr leicht dadurch beheben, dass man beispielsweise allen Menschen in Deutschland die über die derzeitige Armutsgrenze hinausgehenden Einkommen wegnähme und nach Peking an die chinesische Staatsbank überwiese. Dann wären die Einkommen hierzulande gleichmäßiger verteilt, die neue Armutsgrenze läge sehr viel niedriger, und die Armut wäre nahezu vollständig verschwunden.

Ihr Ansprechpartner dazu:

Prof. Dr. Walter Krämer

Tel.: (0231) 755-3125

Mit der „Unstatistik des Monats“ hinterfragen der Berliner Psychologe Gerd Gigerenzer, der Dortmunder Statistiker Walter Krämer und RWI-Vizepräsident Thomas Bauer jeden Monat sowohl jüngst publizierte Zahlen als auch deren Interpretationen. Alle „Unstatistiken“ finden Sie im Internet unter www.unstatistik.de. Ein Artikel zu dieser „Unstatistik“ findet sich auch in der aktuellen Ausgabe des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ unter dem Titel „Bedürftige Villenbewohner“ auf S. 15.